

SP-Telegramme

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **27.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundestkanzlerwahlen im Bundeshaus: Der SP-Mann Walter Buser ist altershalber zurückgetreten. Eigentlich hätte es keinen Anspruch für eine erneute SP-Kandidatur gegeben.

Aber CVP und FDP nominierten, trotz grösster Bedenken rundum, nur je ihre Kronprinzen im Vizekanzleramt. Anspruch vor Qualität mochte die SP nicht gelten lassen und hob den bestqualifizierten Berner Staatschreiber Kurt Nuspliger auf den Schild. Leider ohne Erfolg. Schliesslich wurde der freisinnige François Couchepin gewählt. Die Hoffnung bleibt immerhin, dass die SP künftig wenigstens eine Vizekanzlerin stellen kann.



Die Krankenkassenprämien explodieren. Für die Durchschnittsschweizerin oder den Durchschnittsschweizer werden sie zur untragbaren Budgetbelastung. Die SP hat zusammen mit dem Gewerkschaftsbund im Rahmen einer gemeinsamen Vernehmlassung den nötigen Tarif klar formuliert: Ein Versicherungsobligatorium mit einem solidarischen Prämiensystem und ohne prohibitive Selbstbehaltsbestimmungen sind das Mini-

mum, was aus linker Sicht kompromissfähig ist.



Erfolg für SP und Gewerkschaften: Nach nur 6 Monaten effektiver Sammelzeit haben wir am 30. Mai bei der Bundeskanzlei die gemeinsame AHV/IV-Initiative mit 125 000 Unterschriften eingereicht. Die Unterschriftensammlung ist super gelaufen. Die Leute wollen eine um mindestens 400 Franken aufgestockte AHV und die Gleichstellung von Mann und Frau bei unserem grössten Sozialwerk. Mit der Initiative zeigen SP und Gewerkschaften auch auf, wie es eigentlich bei den schleppenden Parlamentsverhandlungen zur 10. AHV-Revision weitergehen müsste.



Sozusagen parallel zur Einreichung der AHV-Initiative sind zwei andere Volksbegehren von der SP und unterstützenden Organisationen neu lanciert worden: Die Initiativen für das «Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» und für «weniger Militärausgaben und

mehr Friedenspolitik». Erster offizieller Sammeltermin war der 2. Juni (Abstimmungswochenende). Wer immer sammelte, hatte nur Riesenerfolg. Die Stimmbürgerinnen und -bürger sind teilweise sogar angestanden, um ihre Unterschrift zu geben. Das Waffenausfuhrverbot ist nach dem Golfkrieg wirklich überfällig. Und dass das Volk seit Jahren deutlich weniger Militärausgaben verlangt, also abrüsten will, ist auch klar. Nur die bürgerliche Mehrheit im Bundeshaus hat das noch nicht begriffen. Die Initiativen und die Wahlen werden ihnen eine neue Marschrichtung weisen müssen.



Zuvor hat die SP-Geschäftsleitung das vom Parteivorstand verabschiedete neue SP-Konzept «Sicherheit durch Friedenspolitik» am 7. Mai in Bern der Presse vorgestellt. Das von der zuständigen Kommission unter dem Präsidium von Nationalrat Elmar Ledergerber erarbeitete Grundpapier verlangt u. a. eine Halbierung der Militärausgaben und den Verzicht auf neue Kampfflugzeuge. Aufgrund einer sehr gründlichen sicherheitspolitischen Analyse stellt die SP darin kaum mehr europäische militärische

Bedrohungen für die Schweiz fest, hingegen grösste Sicherheitsrisiken wegen riesiger ökologischer Gefahren und dem weltweiten Wohlstandgefälle. Hier muss inskünftig auch schweizerische Friedenspolitik einsetzen, wenn wir effektive Sicherheitspolitik betreiben wollen. 3,5 Milliarden für den F/A-18 sind jedenfalls sicherheitspolitisch verschwendetes Geld.



SP-Misserfolg hingegen bei der Abstimmung: Weder das unterstützte Finanzpaket noch das bekämpfte Militärstrafgesetz (Arbeitsdienst für anerkannte Militärverweigerer) ist im SP-Sinn entschieden worden. Beim Finanzpaket sind Vorort und Gewerbe aus dem Kompromiss ausgestiegen. Damit war sein Schicksal besiegelt.

Der Vorort hat dabei viel vom einstigen Vertrauenskapital als valabler politischer Gesprächspartner eingebüsst. Beim Gewerbe war das keine Überraschung. Das Ja zum Arbeitsdienst war ein Ja des Volks zum ersten Schritt Richtung echten Zivildienst.

Also gehen wir schnellstmöglich auf diesem Weg weiter. Die Schweiz läuft

sonst Gefahr, diesbezüglich noch lange das letzte Ostblockland Europas zu bleiben.



14. Juni: Auch die SP hat den Frauenstreik unterstützt und überall aktiv mitgetragen. Es war die grösste Demonstration aller Zeiten in der Schweiz. Entsprechend gross war auch die internationale Ausstrahlung.

Nach dieser gleichstellungspolitischen Grossmobilisierung sollten sich eigentlich die politischen Erfolge auch bald einstellen. An den SP-Frauen und SP-Männern wird es jedenfalls nicht fehlen. Die grossartige Solidarität vom 14. Juni muss fort dauern.

Die Wahlen vor der Tür

Zumindest die Parteizentralen kennen dieses Jahr nicht die übliche Sommerpause. Die Wahlvorbereitungen laufen auf Hochtouren. Für die SP gilt das zwar bereits seit einem Jahr. Die Intensität hat aber auch bei uns zugenommen.

Die Information unserer Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten ist uns dabei besonders wichtig. Nicht ein mit PR-Sprüchen vollgestopftes Wahlprogramm servieren wir ihnen. Vielmehr informieren wir sie lückenlos über unsere Polit-Schwerpunkte. Dazu dient die neue Mitgliederzeitung, die seit einem Jahr regelmässig erscheint. Deshalb auch die seit ein paar Wochen verschickten Fakten- und Argumentenbroschüren. Bisher erschienen sind die Nummern 1 bis 4 zur SP-Europapolitik, Gleichstellung von Mann und Frau, Wirtschaft und Umwelt sowie zu weniger Armee und mehr Sicherheit. Weitere folgen zur Wohnungspolitik und zur Sozialpolitik sowie schliesslich ein generelles SP-Portrait. Die Kandidatinnen erhalten zudem ein spezielles Wahlhandbuch mit allen wichtigen politischen Standpunkten der SP Schweiz bzw. der Fraktionspolitik der letzten Jahre.

Die Spannung in Bern ist gross. Sorgen wir dafür, dass sie sich auch auf die Wählerinnen und Wähler überträgt!

Rolf Zimmermann
SP-Pressesprecher